

TOP 1 **Augustastrasse - Anpflanzung von Bäumen** Vorlage: 227/2006

Sitzungsverlauf:

Oberbürgermeister Kappenstein verweist einleitend auf eine bereits im Jahre 1990 versuchte Variante, 12 Bäume in der Augustastrasse anzupflanzen. Nach Befragung der Anwohner hat man von der Umsetzung jedoch Abstand genommen.

Es sind nun Anwohner auf die Stadt zugekommen, um erneut ihr Anpflanzungsbegehren mitzuteilen.

Oberbürgermeister Kappenstein sieht in der relativ breiten und übersichtlichen Straße die Chance, eine Aufwertung mit Bäumen zu erreichen. Die Angelegenheit wurde durch das Stadtbauamt erneut überprüft. Der Vorschlag berücksichtigt, bei den bestehenden Leitungen und Hofeinfahrten, 7 Bäume. Jeder Baum der gepflanzt wird ist positiv zu sehen, so **Oberbürgermeister Kappenstein**, jedoch wird vor Ausführung nochmals eine Befragung der Anwohner durchgeführt. Er hofft auf die Zustimmung der Anwohner und gibt bekannt, dass wohl 2 Parkplätze von rund 60 vorhandenen Parkplätzen verloren gehen. In dieser Straße wird kein enormer Parkdruck gesehen, so dass die Anpflanzung durchaus durchgeführt werden kann. Die Mittel in Höhe von 22.000,- EUR werden im Haushaltsplan 2007 berücksichtigt. Als Baum sind Säuleneschen, entsprechend der Clementine-Bassermann-Straße, vorgesehen. Auf Nachfrage von **Stadtrat Junker** erläutert **Oberbürgermeister Kappenstein** nochmals, dass die Anwohner eingeladen werden und eine Abstimmung über die Pflanzung der Bäume vorgenommen wird. Über das Ergebnis wird im Technischen Ausschuss berichtet.

Stadtrat Völker erinnert, dass im Jahr 1990 die Anregung der Freien Wähler kam, dies zu tun und er würde sich freuen, wenn diesmal eine Mehrheit der Anwohner gefunden würde, die nackte Straße durch Bäume zu beleben.

Auf Nachfrage von **Stadträtin Maier-Kuhn**, warum nur eine Seite bepflanzt wird, erklärt **Herr Roth**, dass dies an den vorhandenen Leitungssträngen im Untergrund liegt.

Stadtrat Bährle berichtet, dass die gleiche Situation im Jahr 1981 in der Werderstraße war und Befürchtungen wegen Blattfall und Rutschgefahr im Herbst nach einem halben Jahr völlig vergessen waren.

Stadtrat Nerz sieht auch eine Vorbildfunktion für die daran anschließenden folgenden Straßen. Er ist der Auffassung, dass die Augustastrasse so bepflanzt werden sollte und man danach sieht, inwiefern man den Pflanzvorschlag noch erweitert.

Beschluss:

1. Der Anpflanzung von sieben Bäumen in der Augustastrasse wird zugestimmt.
2. Die geschätzten Kosten i.H.v. 22.000,- EUR sind im Haushaltsplan 2007 bereitzustellen.

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 2 Parkplatz Invalidengasse
Vorlage: 228/2006

Sitzungsverlauf:

Oberbürgermeister Kappenstein führt aus, dass das Gelände der ehemaligen Spargelgenossenschaft im Jahre 2001 durch die Stadt erworben wurde. Da noch nicht bekannt ist, wie die spätere Nutzung aussieht, wurde vorübergehend das Gelände umzäunt, nachdem der Abbruch des Gebäudes erfolgte. Von den Freien Wählern ist beantragt worden, den Bereich in den Parkplatz einzubeziehen. Dadurch ist es möglich, insgesamt 31 Stellplätze zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Es ist daran gedacht, die Zufahrt mit Asphalt und die eigentlichen Stellplätze mit einer Schotterschicht zu versehen. Die Kosten betragen ca. 40.000,-- EUR. Im Durchschnitt werden pro Platz im Jahr 1.300,-- EUR eingenommen, so dass sich die Kosten nach rund einem Jahr amortisieren.

Stadtbaumeister Welle schlägt vor, zur Invalidengasse hin eine berankte Holzwand aufzustellen, die eine Raumkante darstellt und den Gassencharakter betont. **Oberbürgermeister Kappenstein** berichtet, dass hierfür weitere 5.000,-- EUR angesetzt werden müssten. Entgegen der Vorlage sieht er die Notwendigkeit möglichst schnell zu handeln, um den Nutzen des Parkens und der Einnahmen zu erzielen. Im Hinblick auf die Konzeption des Areals Granitzky-Parkplatz sind Ausweichparkmöglichkeiten ebenso sinnvoll. Die Mittel müssten über den Nachtrag bereitgestellt werden.

Stadtrat Imhof wirft in dem Zusammenhang ein, dass die öffentliche Toilette mitberücksichtigt werden sollte. Er ist der Auffassung, dass der Zustand für Schwetzinger Gäste kaum zumutbar ist. **Oberbürgermeister Kappenstein** berichtet, dass dieser Punkt Thema der öffentlichen Bekanntgabe sein sollte, zieht aber den Punkt vor. Um zunächst den aktuell vorhandenen Zustand zu verbessern, wurde kurzfristig innen gestrichen, Bürsten wurden angeschafft und mit einer Kette an die Wand verbunden. Die Urinalrinnen wurden ebenfalls gestrichen und gesäubert und zusätzlich Toilettenbrillen und -deckel angeschafft. **Oberbürgermeister Kappenstein** berichtet, dass eine Putzfrau zweimal täglich reinigt, es aber immer wieder sein kann, dass eben gewisse Personen für massive Verunreinigungen sorgen. In dem Zusammenhang wurden auch Überlegungen des Abbruchs und Neubaus angestellt. In Anbetracht dessen, dass noch nicht feststeht, wie das gesamte Areal neu gestaltet wird, hält **Oberbürgermeister Kappenstein** die Abbruchkosten von rund 18.000,-- EUR und die Neuanschaffung einer selbst reinigenden Toilette mit 100.000,-- bis 150.000,-- EUR für nicht vertretbar.

Bürgermeister Dr. Pörtl informiert über die WC-Situation der Stadt Heidelberg. Die selbst reinigenden Toilettenanlagen sind sehr oft defekt, weil Gruppen Füße hineinstellen und die Türen verklemmen, blockieren, dadurch entstehen Servicenotwendigkeiten die im Jahr mehrere tausend EUR kosten. Von daher sieht er über die hohen Anschaffungskosten hinaus auch extreme Unterhaltungskosten.

Stadträtin Nötting spricht sich gegen den Parkplatz aus. Sie äußert, dass der Granitzky-Parkplatz nur kurzfristig wegfällt und das daher kein Argument für sie ist. Sie sieht zwar die Notwendigkeit einer Raumkante, sieht aber ebenso ein „Angsteck“ und einen kritischen Aufenthaltsbereich, abseits der Öffentlichkeit, hinter dieser Wand. Als Frau wird sie dort nicht hereinfahren und sieht die Kosten für die 31 Plätze dann doch für zu hoch an, da im Normalfall Platz auf dem Alten Messplatz zur Verfügung steht und in den extremen Sonderfällen, über das Jahr verteilt, reichen auch diese Plätze nicht aus, um den Parkbedarf abzudecken. **Stadtrat Junker** ist ebenso der Meinung, dass genügend Parkplätze im Innenbereich vorhanden sind

und sieht in der Parkplatzerweiterung ein Geldrausschmiss. Wenn tatsächlich langfristig Parkbedarf notwendig erscheint, ist er für eine andere Konzeption. **Stadtrat Ackermann** spricht sich dafür aus, da die Anregung der Parkplatzanlage von seiner Fraktion kommt. Er verweist auf die Tatsache, dass die Ausgaben wieder durch die Parkgebühren aufgefangen werden. Bei der WC-Anlage spricht er sich dafür aus, dass auf kurz oder lang etwas passieren muss. Wegen dem fehlenden Parkdruck und dem Sicherheitsaspekt spricht sich auch **Stadträtin Maier-Kuhn** gegen den Parkplatz aus, ist allerdings der Auffassung, dass man sich mit dem Gelände etwas einfallen lassen muss.

Auf Nachfrage von **Stadtrat Bährle** über Erfahrungen mit der WC-Anlage am Bismarckplatz teilt **Oberbürgermeister Kappenstein** mit, dass hierüber nichts Konkretes bekannt ist, allerdings liegen keine Beschwerden vor.

Stadtrat Müller verweist darauf, dass aus polizeilicher Sicht versucht wird, die Missstände in den Kleinen Planken zu beseitigen, und durch die Bretterwand ein Anziehungspunkt für diejenigen geschaffen wird, die sich im Bereich der Kleinen Planken nicht mehr treffen können.

Abweichend von der Vorlage wird über folgenden Beschluss abgestimmt:

Beschluss:

1. Der Parkplatz „Alter Messplatz“ wird vorübergehend um das Gelände der ehemaligen Spargelgenossenschaft in der Invalidengasse erweitert.
2. Zur Abgrenzung in Richtung Invalidengasse wird ein berankerter Holzzaun mit Stülpschalung errichtet.
3. Die geschätzten Kosten i.H.v. 45.000,-- EUR sind im Nachtragshaushalt 2006 bereitzustellen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Arbeiten öffentlich auszuschreiben.

Ja 6 Nein 7 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 3 Bekanntgaben / Anfragen

Sitzungsverlauf:

3.1 Schallschutzwand im Zusammenhang mit dem Bau bahnparalleler Radweg

Stadtrat Dr. Manske erkundigt sich im Interesse von Anwohnern der Marstallstraße, ob bei dem Bau des bahnparallelen Radwegs eine Schallschutzwand entlang der Bahn gebaut wird. **Herr Roth** führt aus, dass das Thema Schallschutzwand bereits im Jahre 2003 diskutiert wurde. Gebäude, die nach dem 01.04.1974 gebaut sind, fallen unter das Bundesimmissionsschutzgesetz. Das bedeutet, dass der Bauherr für den notwendigen Schallschutz selber sorgen muss. Aufgrund der immensen Breite des Gleisbaues wäre eine nicht realisierbar große Schallschutzwand erforderlich, so dass dies nicht nur rechtlich nicht notwendig ist, sondern auch technisch nicht machbar.

